A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

Montag, 5. September 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau u. Welt", „Lehren u. Lernen", „Reisen u. Wandern"

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32, Fernsprecher: Amt Zentrum 9048, Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32; Fernsprecher: Amt Zentrum 9048, Drahtanschrift: Weltendeut 1793-98, Postscheck: Berlin Nr. 107 911

Bezugspreis monatlich Mk. 12.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50

60. Jahrg. Nr. 415 B 133

Tages-Spiegel.

Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt.

★

In der Antwort an Lloyd George lehnen die Sinn Feiner jeden Verkehr mit England ab und erklären sich für unbedingte Selbständigkeit der irischen Republik.

★

In der zweiten Versammlung des Völkerbundes haben sich 47 Staaten angemeldet. Die erste Sitzung findet heute vormittag 11 Uhr statt.

★

Durch ein Telegramm des Reichsministers des Innern ist die bayerische Regierung ersucht worden, die „München-Augsburger Zeitung" zu verbieten.

Kundgebung für die Wehrmacht des Reiches.

Der Reichspräsident hat nachstehende Kundgebung für die Wehrmacht des Reichs erlassen:

Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Strudel ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Derartige bedauerliche Ausschreitungen finden nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen wurde. Es wurde nicht mehr unterschieden zwischen dem Vertreter der verfassungsmäßigen Wehrmacht, dessen Berufspflicht der Waffenruck ist, und dem politischen Gegner, durch den man sich provoziert glaubte.

Die Reichsregierung ist entschlossen, diesem Unfuhr ein Ende zu machen. Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung und auf besondere Befehle des Reichswehrministers ist für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert. Die Regierung muß daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen. Der Soldat ist der Bürger im Waffenrock, der Vertreter der verfassungsmäßigen Wehrmacht des Reichs. Ihn als solchen zu achten, ist ein Gebot der Selbstachtung des Volkes. Die Autorität des Staates macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.

Der Reichskanzler. gez. Dr. Wirth. Der Reichswehrminister. gez. Geßler.

Die Regierungsumbildung in Preußen.

Die Frage der Regierungsumbildung in Preußen ist, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, in den letzten Tagen über das Stadium der Vorverhandlungen noch nicht hinausgekommen. Noch wie vor vertritt Ministerpräsident Stegerwald seinen bekannten Standpunkt, daß es sich empfehle, ein Kabinett von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie zustande zu bringen. Ihm erscheint eine Erweiterung seines augenblicklichen Kabinetts nach beiden Seiten als das einzig Gegebene.

Dieser Auffassung hat er auch in den inzwischen mit den Landtagspräsidenten Leinert gepflogenen Besprechungen deutlich Ausdruck verliehen. Zunächst also wird es Aufgabe bleiben, die in Frage kommenden Parteien greifbar Verwirklichung dieser Pläne des Ministerpräsidenten zu einer Stellungnahme unter sich zu bewegen. Diese interfraktionellen Besprechungen stehen nunmehr bevor.

Präsident Leinert ist Freitag abend aus Berlin abgereist. Bis zur Stunde steht es noch nicht fest, wann er zurückkommen wird. Vor seiner Rückkehr aber ist kaum damit zu rechnen, daß in der Frage der Regierungsumbildung in Preußen Entscheidungen von besonderer Bedeutung fallen dürften.

Eine Lügenmeldung des „Daily Mail".

Nach einer Londoner Meldung berichtet die „Daily Mail", im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen solle, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne.

Diese Meldung, die bedauerlicherweise auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt, wie wir hören, jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Börsenmanövern zu dienen.

Die Bäderwoche des Schwerbeschädigten-Hilfswerks.

Entgegen den in der Presse aufgetauchten Nachrichten, als wäre die Bäderwoche des Oberschlesier-Hilfswerks ein Schlag ins Wasser geblieben, veröffentlicht jetzt das Oberschlesier-Hilfswerk selbst an Hand seines Materials das Ergebnis seiner beiden Bäderwochen, das zu Unterste der guten Sache sehr erfreulich zu nennen ist. Es sind in 132 Laboratorien insgesamt gerade 700 000 ℳ gesammelt worden. Einige Bäder sind mit ganz besonders hohen Summen beteiligt. An der Spitze marschieren Reichenbach, Cannstatt, Aachen-Burtscheid, Eilmungen, von denen jedes über 50 000 ℳ dem Oberschlesier-Hilfswerk zur Verfügung stellen konnte. Auch Bockum lieferte 45 000 ℳ, Nordernei über 37 000 ℳ ab. Beträge über 20 000 ℳ kamen dann noch aus Bergen (Rügen), Aalberg, Pyrmont, Rothenfelde und Wangeroog. Stellenweise sind sogar in recht kleinen Badeorten ansehnliche Beträge gesammelt worden, so zum Beispiel in dem kleinen Bad an der Lahn 15 000 ℳ, in Meinberg (Lippe) und in Nibbegen (Eifel) über 10 000 ℳ. Das Rheinische Braunkohlen-Syndikat G. m. b. H. in Köln hat dem Oberschlesier-Hilfswerk zur Unterstützung seiner Bestrebungen soeben den Betrag von 200 000 ℳ überwiesen.

Die zweite Versammlung des Völkerbundes.

Genf, 4. September. (W. T. B.)

Alle schon seit einer Woche währenden Vorbereitungen für die morgen 11 Uhr vormittags beginnende zweite Völkerbundsversammlung sind getroffen. Die meisten Delegierten sind bereits in Genf angelangt. Einige Delegationen weilen schon seit einer Woche wegen der allgemeinen politischen Frage. 47 Staaten sind angemeldet.

Unter den Abordnungen trifft man zum größten Teil die Mitglieder der vorjährigen Versammlung wieder. So ist die Schweiz wieder durch Bundesrat Motta, den früheren Bundesrat Ador und Ständerat Oberst vertreten. Lord Robert Cecil führt wieder die südafrikanische Delegation. Belgien ist wieder durch Hymans, Poullet und Jaspar vertreten. Zur brasilianischen Abordnung gehört wieder der Botschafter Da Cunha, zur spanischen Quinones de Leon, die schwedische führt wieder Branting, die norwegische Dr. Fridtjof Nansen, die Holländer der Außenminister van Karnebeek, die Tschecho-Slowakei, die bisher mal 11 Mitglieder zählt, wieder der Außenminister Benesch. Die französische Delegation zeigt wieder die Namen der vorjährigen: Senatspräsident Bourgeois, Viviani und Jouhaux. Die ist von allen die zahlreichste, mit dem gesamten Personal 25 Namen. Stellvertretende Delegierte sind die Abgeordneten Noblemaire und Hennessy und der Senator Reynald. Außerdem gehört der bevollmächtigte Gesandte Williams Hurtin der Abordnung als beigeordneter Delegierter an. England ist durch Balfour, Fisher und Sir Rennell Rodd, der an die Stelle des vorjährigen Vertreters Barnes tritt, vertreten. Italien entsandte Senator Scialoja, Marquis Imperiali und Senator Schanzer, Japan den Baron Hayashi und Viscomte Ishii und China u. a. Wellington Koo. Zur griechischen Abordnung gehört der frühere Außenminister Streit. Paderewski fehlt diesmal in der polnischen Abordnung, die sich aus dem polnischen Gesandten in Paris Askenazy, Olszowski und Abgeordnetem Zamoiski zusammensetzt. Zur südslawischen Delegation gehören Spalaikowitsch und Jovanowitsch.

Besonderes Interesse wird man wahrscheinlich den Vertretungen der im letzten Jahre neu aufgenommenen Staaten entgegenbringen. Graf Mensdorf-Pouilly, der frühere österreichisch-ungarische Botschafter, wird als einziger Delegierter Oesterreichs genannt, sein Stellvertreter ist Ellenrich-Pittiga. Für Bulgarien nimmt Ministerpräsident Stambulinsky, der bulgarische Gesandte in Berlin Pomerof und der Gesandte in Washington an der Völkerbundsversammlung teil, für Finnland der Gesandte in Paris Enckell und der frühere Ministerpräsident Erich und Einar Böök, für Luxemburg der Geschäftsträger in Bern und frühere Staatsminister Reuter, für Albanien Bischof Van Roli. Auch die Staaten, die um Aufnahme in den Völkerbund nachgesucht haben, sind durch Abordnungen vertreten. Ungarn durch den früheren Minister Graafen Apponyi, Lettland durch den Unterstaatssekretär Solmacs, den Gesandten Walters und Georgia, Estland durch eine größere Delegation, an deren Spitze der Minister des Aeußern Piip steht.

Der Andrang der ausländischen Journalisten, die zum großen Teil seit dem Beginn der Beratungen über Oberschlesien hier weilen, ist ziemlich stark, und besonders die französische Presse ist stark vertreten. Das Völkerbundssekretariat hat umfassende Vorkehrungen getroffen für die Erleichterung der journalistischen Berichterstattung.

Die erste Sitzung wird Montag vom Präsidenten des Völkerbundsrates Wellington Koo eröffnet.

Wellington Koo zur Mandatsfrage.

Genf, 3. September. (W. T. B.) Der Präsident des Völkerbundes, Wellington Koo, erklärte zur Mandatsfrage, daß der Völkerbundsrat der Meinung sei, die direkten Verhandlungen zwischen Amerika und den Ententeländern dürften nicht durch eine Intervention des Völkerbundes gestört werden. Nichtsdestoweniger habe der Völkerbund ein neues Ansuchen an die Ententemächte gerichtet, sie möchten die Lösung der Mandatsfrage möglichst beschleunigen, damit auch der Völkerbundsrat sobald wie möglich eine endgültige Lösung dieser ihm aufgetragenen Aufgabe vollziehen kann. Daraus erhellt, daß die Frage vorerst nicht auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Session gesetzt werden wird.

Die Lage in Indien.

P. London, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Da die Nachrichten aus Indien immer ernster lauten, hat die Admiralität Befehl gegeben, daß ein verstärktes Geschwader sich nach den Häfen in der Nähe des Aufstandsgebietes begeben soll. Für die Aufstandsgebiete ist die Bildung einer Polizeitruppe beschlossen, welche mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Unterdrückung des Aufstandes betraut werden soll. Die Untersuchung in Lahore in der Verschwörerangelegenheit der Sikh Akali hat den Beweis geliefert, daß zwischen Indien und Aegypten engere Beziehungen zwischen den aufständischen Komitees bestehen, die gemeinsam gegen England kämpfen.

Weiterer Vormarsch der Griechen.

Athen, 3. September. (W. T. B.) Heeresbericht vom 1. September: Die Truppen gehen weiter kämpfend vorwärts; sie besetzten die Höhen bei dem Bahnhof von Polatly und drangen auch nördlich und östlich des Dorfes Ebli Fatili vor.

Amerikanisch-mexikanisches Defiabkommen.

Mexiko, 3. September. (Reuter.) Die Vertreter der amerikanischen Oelinteressenten haben mit Finanzminister Huerta ein Abkommen getroffen. Die Amerikaner sind mit diesem Abkommen, das noch der Unterschrift des Präsidenten bedarf, zufrieden.

Irlands Antwort an England.

Lloyd Georges Vorschläge abgelehnt.

Reutermeldung.

London, 4. September.

Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt.

Der Inhalt der Antwort.

Reutermeldung.

London, 4. September.

Die irische Antwort, die heute Nacht bekanntgegeben werden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß wider alle einmal bestätigt. England brachte, als es Irland durch Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verhinderte. Gestützt auf diese Theorie nahmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, für Irland zu beraten und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Unterstützung ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen.

Die Iren lehnten die ihnen am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf den englischen Standpunkt beruhten, unwiderruflich ab. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland, in eine freigewählte Gemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Reiches einzutreten, sondern eine Aufforderung, die Bedingungen anzunehmen, die sich aus einem einhaltlig minderwertigen Status ergäben. Die britischen Dominien seien alle gegen eine Herrschaft Englands gefesselt nicht nur durch ein anerkanntes Verfassungsmäßiges Band, das ihnen Gleichheit im Status und absolute Freiheit von der englischen Kontrolle gebe, sondern durch Tausende von Meilen, die sie von England trennen. Irland werde weder die Garantien der Entfernung noch des Rechtes haben. Irland sei in unerträglicher Weise Staaten geteilt, von denen ein jeder den Einfluß des anderen untergrabe, und die beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien.

Die irische Antwort klagt zum Schluß, daß es den Iren verhindert sein müsse, die hauptsächlichen historischen und geographischen Tatsachen vom irischen Standpunkt aus zu betrachten. Sie seien damit einverstanden, daß ein neutraler unparteiischer Schiedsrichter zwischen Irland und England entscheide. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit der Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit der Gewalt müßten ausgeschaltet werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammentreten, die durch keine Bedingungen behindert würden außer durch die Tatsachen selbst. Die Bevollmächtigten müßten vollkommen frei sein, die Streitpunkte nicht durch einen Appell an die Gewalt zu lösen, sondern durch Abmachungen auf einem freiesten Grundsatz, über den gemeinsames Einverständnis herrsche. Die Iren schlagen als Grundsatz vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten", von der Engländer immer als einem spezifisch englischen Standpunkt für sich in Anspruch nahmen. Dieser Grundsatz sei die einzige Grundlage für die Beratungen der englischen und der irischen Vertreter. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu ernennen.

Enttäuschung in England.

London, 5. September. (W. T. B.) „Daily Chronicle" schreibt, in allen Teilen des britischen Reiches werde diese Enttäuschung über das Schreiben de Valeras an Lloyd George herrschen, in dem er die britischen Friedensvorschläge „unwiderruflich verworfen". Ein so erstter Beschluß würde die Fortführung der Verhandlungen als unmöglich erscheinen lassen. Man könne nur hoffen, daß in elfter Stunde das Tail Eireann einlenke und einen Weg suchen werde, um das Unglück des erneuten Kampfes abzuwenden.

„Daily Mail" sieht die Antwort de Valeras als Lloyd George nicht als eine Verwerfung an. Die Tür zur Friedenskonferenz stünde weit offen. Beide Länder wollten Frieden. Der politische Berichterstatter der „Sunday Times" schreibt, es könne erwartet werden, daß die Antwort des britischen Kabinetts darlegen werde, daß die Regierung am Ende ihrer Geduld angelangt sei und daß trotzdem das Angebot immer noch bestehen bleibe und nur eine endgültige Zeitspanne für seine Annahme festsetzen werde. Die Kabinettssitzung findet am Mittwoch in Inverness statt.

Der Ernst der Lage.

London, 5. September. (W. T. B.) Die „Westminster Gazette" meldet, es verlaute, daß die Antwort der Sinnfeiner in Regierungskreisen als eine endgültige Verwerfung der Vorschläge der Regierung, Irland die Stellung eines Dominions einzuräumen, angesehen werde. Die Lage werde für äußerst ernst gehalten.

Die Rüstungseinschränkungen.

Drahtmeldung.

Genf, 4. September. (W. T. B.)

Unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten Schanzer hielt gestern nachmittag die Kommission für Einschränkung der Rüstungen eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die von der Unterkommission ausgearbeiteten Berichte dem Völkerbundsrate und der Bundesversammlung vorzulegen. Es wäre daher möglich, daß aus diesem Grunde manche Regierung die Antwort auf einzelne Fragen vermeiden würde. Dadurch wäre die Autorität des Völkerbundes geschwächt. Erst wenn alle Staaten sich dem Völkerbunde beteiligt seien, könne er fragen, was immer er wolle. Dagegen führten der italienische Delegierte Schanzer und der französische Sozialist Jouhaux aus, daß der Völkerbund eine entschiedene Aktion betreffend Einschränkung der Rüstungen unternehmen und fortsetzen müßte, und das umsomehr, als die Einberufung der Washingtoner Konferenz dieser Frage eine erhöhte Bedeutung gebe. Sollten einzelne Regierungen die Antwort verweigern, so könne das die Autorität des Völkerbundes nicht schwächen, außerdem seien gemäß Artikel 8 des Paktes die Regierungen zur Antwort verpflichtet. Wenn der Völkerbund aber zögere, so gebe er seinen Mitgliedern das Gefühl, daß sie von ihm nicht geschützt werden, was einen allgemeinen Bankerott nach sich ziehen könne.

Die Abstimmung in dieser Angelegenheit ergab 15 Stimmen für den Antrag, 3 dagegen, eine Stimmenthaltung. Somit wurde der Antrag der Unterkommission angenommen.

Es ist jedoch bedauerlich, zunächst mit der Sammlung aller Statistiken in dieser Frage zu beginnen und nur, wenn es notwendig ist, wird man die Fragebogen betreffs Ergänzung der Statistiken versenden.

Polnische Vorbereitungen.

O. E. G. Rybnik, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie in Beuthen, Sosnowice und vielen anderen Orten, wurde auch in Rybnik eine polnische Offiziersversammlung abgehalten, die sich mit Fragen und Vorbereitungen für einen neuen Putsch beschäftigte. Am 20. August nachmittags fand im Zentralhotel in Rybnik eine polnische Offiziersversammlung statt. Unter den Anwesenden befand sich der berüchtigte polnische Heger Pfarrer Brand aus Zgierzowice. Es wohnten kongreßpolnische Offiziere in voller Uniform an der Sitzung teil.

Die amerikanischen Truppen im Rheinland.

Eigene Drahtmeldung.

P. London, 5. September.

Nach einem Wohlwollenden Telegramm darf man mit Sicherheit annehmen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland schon Anfang Oktober ratifiziert sein wird.

Die Verhandlungen mit den Alliierten über die Räumung der Rheinlande haben bisher nur in einer Mitteilung von Staatssekretär Hughes bestanden, worin er die Alliierten aufmerksam macht, daß in nächster Zeit die Auflösung der amerikanischen Armee am Rhein zu erwarten sei. Dabei haben die Alliierten den Obersten Rat Mitteilung erteilt, daß die militärischen Sachverständigen sich mit dem amerikanischen Kommandanten in Koblenz in Verbindung setzen sollen und in der nächsten Sitzung des Botschafterrates wird die Frage besprochen werden, in welcher Weise die Uebernahme der Besatzung durch andere Truppen anzubahnen sei. Der Botschafterrat wird aber keinen Beschluß fassen, sondern sein Gutachten dem Obersten Rat unterbreiten. Es kann nach den Ansichten der Mitglieder des Botschafterrates angenommen werden, daß eine Herabsetzung der Truppenstärke im ganzen besetzten Gebiet beschlossen wird, nachdem die amerikanische Zone unter den Alliierten verteilt ist.

Die Unruhen in Virginien.

Eigene Drahtmeldung.

Washington, 5. September.

Der Ausstand der Bergarbeiter im westlichen Virginia ist rein Proletarierkrieg der Art, da die Bergarbeiter im ganzen Aufstandsgebiet rote Fahnen auf den Gebäuden hißten mit dem Wappen der Moskauer Internationale. Die Bergleute haben Pistolen und Gewehre. Auch haben viele amerikanische Deserteure bei den Aufständischen Zuflucht gesucht. Die Kämpfe, die in den letzten Tagen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen stattgefunden haben, waren nur von geringem Umfang. Infolgedessen sollen die Truppen Befehl haben, nicht anzugreifen. Der Kommandant teilte den Pressevertretern mit, daß nach und nach so viele Truppen ankommen würden, daß alle Orte besetzt würden. Dann würde der Aufstand von den Soldaten unterdrückt.

Gegen eine neue Finanzkonferenz.

London, 5. Sept. (W. T. B.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Chronicle" schreibt: Die Nichtanerkennung des letzten Pariser Abkommens betreffend die Reparationen durch das französische Kabinett habe in britischen Kreisen nicht überrascht. Bis zu dieser Ablehnung habe man jedoch gehofft, daß Briand und seine Kollegen zögern würden, bevor sie die Maßnahme gutheißen, die für ein geschäftsmäßiges Zusammenwirken zwischen den Alliierten so notwendig sei. Die Franzosen sprächen von der baldigen Abhaltung einer neuen Finanzkonferenz, vorläufig sogar in London. Die anderen Alliierten seien jedoch der Ansicht, daß es vollkommen überflüssig sei, eine Konferenz nach der anderen abzuhalten, nur um das zunichte zu machen, was zuvor beschlossen worden sei, und zwar aus dem Grunde, weil ein Mitglied es sich anders gewünscht habe.

Verhaftung von achtundvierzig Gemeinderatsmitgliedern.

London, 4. September. (Reuter.) Das Oberste Gericht hat der Polizei befohlen, 20 Mitglieder des Munizipalrates von Poplar (Arbeiterviertel Londons) zu verhaften. Achtzehn sind schon verhaftet worden, darunter Lansbury, der Herausgeber der Arbeiterzeitung „Daily Herald". Fünf weibliche Munizipalmitglieder sollen morgen verhaftet werden. Das Oberste Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Munizipalmitglieder sich geweigert haben, gewisse lokale Steuern einzugehen unter dem Vorwand, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung hätte die örtlichen Steuerzahler von Poplar erschöpft. Die Verhaftungen wurden in vollkommener Ordnung durchgeführt. Große Scharen Arbeitslöser begrüßten die Verhafteten als sie von der Polizei fortgeführt wurden.

Gemeinderatssitzung im Gefängnis.

London, 5. September. (E. P.) Die neu verhafteten Gemeinderatsmitglieder telephonierten selbst an die Polizei, um zu fragen, wann sie nun endlich geholt würden, weil sie des Wartens müde wären. Es wurde daraufhin eine bestimmte Stunde vereinbart, worauf die Polizei sie abholte. Als dies geschah, brachte eine große Menge, der eine rote Fahne vorangetragen wurde, ihnen eine Ovation. Am Montag werden die weiblichen Mitglieder des Gemeinderats verhaftet werden. Am Sonntag haben die gefangenen Gemeinderatsmitglieder im Gefängnis eine Sitzung des Gemeinderats abgehalten.

Bandenkämpfe im Burgenland.

Graz, 4. September. (E. P. B.) Heute früh näherte sich eine 70 Mann starke ungarische Bande bis auf etwa 300 Schritt Hobenbrunn (Steiermark). Gendarmerie und Heimwehr vertrieben die Bande. Es wurden ein Maschinengewehr, Gewehre und Handgranaten erbeutet und ein schwer verwundeter ungarischer Soldat gefangen genommen.

Wien, 4. September. (Korr.-Bureau.) Der Minister des Innern und der Heeresminister begaben sich heute nach Mattersdorf im Burgenland, wo sie von der Bevölkerung herzlich begrüßt wurden.

Ein ungarisches Dementi.

Prag, 3. September. (W. T. B.) Der ungarische Gesandte in Prag hat im Auftrag seines Amt eine Erklärung über die Ereignisse in Westungarn übermittelt. Es heißt darin, daß sich in der ersten Zone nicht ein einziger ungarischer Soldat befinde. In der zweiten Zone seien nur einige Gendarmerieformationen zurückgeblieben. Die Meldung, daß der ehemalige Ministerpräsident Friedrich sich an die Spitze einer Bewegung gestellt habe, um das gegenwärtig bestehende Regime der Regierung Horthy zu stürzen, Karl zurückzuberufen und mit Hilfe ungarischer Truppen den habsburgischen Thron zu Wien wiederherzustellen, sei unwahr. Alle Alarmmeldungen über den sogenannten „Weißen Schrecken" und andere verleumderische Gerüchte würden von gewissen Ungarn feindlichen Kreisen in der tendenziösen Absicht verbreitet, die ernsten und loyalen Bemühungen der ungarischen Regierung vor dem Auslande zu diskreditieren, die schweren Bedingungen des Friedens von Trianon ehrlich zu erfüllen.

Der französische Justizminister über die Leipziger Prozesse.

Paris, 4. September. (W. T. B.) Justizminister Bonnevay hielt heute bei einer Ueberreichung des Kriegskreuzes an das Dorf Romeny eine Rede in der er die Prozesse vor dem Reichsgericht berührte, insbesondere diejenigen gegen den General Stenger und den Major Crustus, sowie die Tatsache hat jetzt kein Interesse mehr daran, was in Leipzig beschlossen oder nicht gerichtet werden wird. Aber es wird die Sache nach den Schuldigen und ihren Verbrechen nicht aufgeben. Es wird nicht ferneder aber internationale Gerichtshöfe zu Sorge anvertrauen, sie zu richten. Es gibt Richter in Frankreich. Der Richter für die Verbrechen, die durch Militärpersonen begangen worden sind, ist das Kriegsgericht. Die in Romeny begangenen Verbrechen werden vor dieses Gerichtsbarkeit gebracht werden, und ich habe die Gewißheit, daß das allgemeine Gewissen, daß die Bestrafung der Schuldigen fordern, durch die Entscheidungen befriedigt sein wird, welche die gewissenhaften französischen Richter fällen werden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Iserlohn.

Das Altonaer Eisenbahn-Betriebsamt gibt bekannt: Am 4. September um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags fuhr auf dem Bahnhof Iserlohn der Personenzug 888 von Schwerte nach Iserlohn dem Personenzug 1317 von Letmathe nach Iserlohn in die Flanke. Aber Personen sind getötet, eine Person schwer und 20 leicht verletzt.

Das Fiasko einer Sozialisierungsidee

Von

Dr. Matthias.

„Im übrigen meinen wir, daß auch bei der Leitung des städtischen Elektrizitätswerks in Berlin ein hervorragendes Organisator nötig ist. Es ist viel zu organisieren, z. B. die Gaswerke, die Elektrizitätswerke. Ein Organisator wird hier ein Betätigungsfeld finden, wie wohl kaum an anderer Stelle im deutschen Reich."

Diese Worte sprach am 22. September 1920 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vor der Wahl des Fachstadtrates der Sprecher der Kommunisten. Und durch die sozialistischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung, die zurzeit von 225 Sitzen 125 besitzen, wurde der Verfasser des Buches „Sozialisierung und Wiederaufbau", Herr Horten, gewählt. Dieses Buch muß neben den Namen gesetzt werden, weil es für die Wahl dadurch ausschlaggebend gewesen ist. Denn einen Verfassungsmann pflegen sonst auch Leuten sich nicht für Gas- und Elektrizitätswerke anzuschließen. Die sozialistischen Parteien ließen sich also damals, als sie wählten, sichtlich von dem Gedanken bestimmen, die industriellen Werke der Stadt Berlin zu „sozialisieren". Hierin ist auch wohl der eigentliche Anlaß zu suchen, weshalb auf Betreiben der Linken mehrere anerkannt tüchtige Direktoren entlassen wurden; als Herr Horten in Konflikt mit dem Oberbürgermeister geriet, beschränkten Unabhängige und Kommunisten offenbar eine Störung ihrer Pläne und sagten dem Oberbürgermeister schärfsten Kampf an.

Daher verlohnt es sich, dieser Sozialisierungsidee nachzugehen, wie sie in der Theorie war und wie die Anfänge ihrer praktischen Betätigung aussahen. Ihr Gegenstand sind hohe Werte, einige der wenigen Werte der Stadt, die in Renten umgesetzt werden können. In der Gebäudeversicherung können 2,3 Millionen ohne Gas erreicht werden. Die Hochspannungsleitung der Elektrizitätswerke betrug am 1. Oktober 1920 1229 km Kilometer. Nicht angerechnet sind natürlich die Erzeugungen der sonstigen noch bestehenden Gas- und Stromgesellschaften, auch nicht der Fernstrom. Die Zahl der Arbeiter in den Gaswerken betrug sich auf 14 000, in den Stromwerken auf etwa 2500, die Zahl der Angestellten bei jenen etwa auf 1 Million, bei diesen etwa auf ½ Million. Der Gesamtertrag der Werke gleicht sich aus mit etwa 1,3 Milliarden Mark. Der Ertrag, der aus beiden Werken im laufenden Haushalt erwartet wird, überhaupt 150 Millionen Mark, das sind etwa 11½ % des Anteils der Stadt Berlin an der Reichseinkommensteuer.

Hortens Sozialisierungspläne in der oben erwähnten Schrift gingen auf Enteignung der Gesamtelektrizitätswerke und Eisenbahnstreckenwerke bis zu einer Gesamtbelastungsfähigkeit von 12 Millionen Tonnen Steinkohlen und 2 Millionen Tonnen Rohstoffen und Weiterbringung aus dem Reich. Hieraus sollte ein einheitlicher Betrieb geschaffen werden, der infolge seiner Zusammenfassung größere Beträge abwerfen und dadurch in die Lage kommen würde, billige Produkte zu erzeugen, wodurch dann alle übrigen privaten Betriebe gezwungen werden sollten, zu gleichen Preisen zu arbeiten. Das gleiche sollte später mit einer der größeren Elektrizitätsfirmen geschehen. Tad, das aus dabei am meisten interessiert, ist, wie bisher Mustervorschläge verwendet werden soll. Denn bis dahin ist alles Gedanke, jetzt fängt die Praxis an. Man höre:

„Der Aufsichtsrat besteht aus acht Mitgliedern, von denen sich entsprechend den Vorhanden von den beteiligten Ministerien und Leuten von den Angestellten und den Arbeitern der Werke präsentiert werden. Innerhalb des Vorstandes der Gesellschaft werden Vertreter der Arbeiter und Angestellten als beschreitende Vorstandsmitglieder mit der Bearbeitung aller sozialen Fragen betraut (Karmiker Sektion: Einleitung und Entlassung und Schichtbetriebe). Der Vorsitzende wird sachkundigen Vertrauensperson übertragen, deren edle soziale Gesinnung außer Zweifel sein. Außerdem besteht die große Gefahr, daß in diese wichtigen Posten von fanatischer Seite Leute eingeschoben werden, die die Durchführung der Sozialisierung sabotieren. Aus dem gleichen Grunde erscheint es notwendig, daß auch von den unteren Ministerien alle politisch beeinflußten Personen entfernt werden."

Die Stadtwerke Berlins haben ein Aufsichtsrat, dessen „soziale Gesinnung" außer Zweifel steht. Dann die Verfassung weist die Mitglieder, die die Durchführung der Sozialisierung etwa „sabotieren" könnten, in die Ecke. Aber die Werkleitung sind nur mißliebige Direktoren entfernt, und der „edlen sozialen Gesinnung" steht auch hier nichts mehr im Wege. Und was geschah? Der Kämmerer sagte am 15. Januar 1921:

„Ich habe hier schon früher ausgeführt, daß die Werke von Groß Berlin finanziell das nicht mehr leisten, was Berlin in den gegenwärtigen Finanzlage von ihnen verlangen muß. Es gibt da sehr merkwürdige Verhältnisse. Wir haben heute in Berlin ein Gaswerk, dessen es gelang, von ihrem Gesamtbedarf nicht weniger als ein Viertel, in Charlottenburg sogar ein Drittel aus den Werken zu gleichen, während Groß Berlin in diesem Jahr ein Zwanzigstel (!) herzustellen wird."

Die Gaswerke mit 300 Millionen Mark Anlagekapital brachten nicht nur keinen Ertrag, sondern erforderten eine Zubuße von 11 Millionen Mark. Dabei ist die Zahl der Arbeiter auf diesen Werken heute um fast 300 höher als vor einem Jahr. Die in Groß Berlin noch bestehenden Gasanlagegesellschaften stehen dagegen zum Teil unabsehbaren Verwaltungsapparates enthalte". Er sieht die Lösung in „der Gründung einer nach privatem Muster organisierten Gesellschaft; denn nur auf diesem Wege ist eine wirtschaftlich einwandfreie und vielfach sparsam arbeitende Verwaltung zu erreichen". Erster Grundsatz ist dabei, daß der

Aufsichtsrat aus Fachleuten bestehen müßte, vorwiegend aus Technikern, Kaufleuten oder Finanzmännern, die erfolgreich in den Direktionen oder Aufsichtsräten tätig sind. Die politischen Parteien mögen mehrere Jahre tätig gewesen sein, deren private Interessen allerdings nicht im Widerspruch zur Gesellschaft stehen dürfen. Kein Mann vergleiche damit das obige Sozialisierungsprogramm, wonach die halbte Arbeiter und Angestellte und die andere Hälfte sozialisierungsfreie Ministerialräte sein sollten.

Hier liegt der Kern der Sache. Der Karren ist verfahren und der Wetter soll der private Unternehmer sein. Man vergleiche damit das andere Zitat erstreckt. Der Oberbürgermeister will der Deputation eine den Aufsichtsräten entsprechende Stellung geben, indem ihr möglichst viele Befugnisse, die zum Teil die Stadtverordnetenversammlung hat, übertragen werden. Man wird, fürchte ich, leider die Erfahrung machen, daß auch eine solche Deputation — unverbindlich bei der jetzigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung — nach politischen Richtlinien arbeitet und deshalb die wirtschaftlich nichts leistet, andere empfehlen den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb. Dieser hat aber nur dann einen Sinn, wenn es sich entweder um die Vereinigung mehrerer Gemeinden handelt wie bei den Ueberlandzentralen, oder wenn sich das Privatkapital mit der Stadt zu gemeinsamem Erwerb verbindet. Es mußte jedoch schon merkwürdig anmuten, wenn das eintreten würde. Denn, solange die Werke für alle möglichen und unmöglichen Stadtaufgaben haften, solange ihre Arbeiter wegen irgend eines Juntzes in irgend einem städtischen Arbeitswinkel zum Streik antreten müssen, solange Sozialisierungsideologen hier ungestört ihre Versuche auf Kosten anderer ausführen können, solange niemand Energie und Risiko an die Werke verwenden und alles beim alten bleiben.

Und wie kann man helfen? Vielleicht mit den Mitteln, die Herr Horten empfiehlt, als er vom Rathaus kam.

Einberufung des Landtags.

Der preußische Landtag ist jetzt endgültig zum 26. September einberufen. Der Landtag wird zunächst die noch nicht verabschiedeten Teile des Haushaltplanes erledigen. Man hofft, mit dieser Arbeit bis etwa Mitte Oktober fertig zu werden. Dann dürfte voraussichtlich eine Pause eintreten. Der preußische Staatsrat wird voraussichtlich Ende September oder Anfang Oktober zusammentreten.

Ein Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung?"

München, 5. September.

Bei der Münchener Regierung ist am gestrigen Sonntag das folgende Telegramm eingegangen:

„Unter Bezugnahme auf den Artikel „Auf den Wege zum Sowjetregiment" in Nr. 362 der „München-Augsburgischen Abendzeitung" ersuche ich, diese Zeitung auf eine nach vorhiesiger Ansicht angemessene Zeit zu verbieten. Bei der vorhiesigen Gottschlichtung erbitte ich, mir umgehend Mitteilung zu machen.

Reichsminister des Innern, gez. Dr. Gradnauer."

Hier ging am Sonnabend die folgende Drahtung ein:

„Augsburg, den 2. September. Klinger-Coburg drahtet: Landgedung heute nachmittag in Coburg für Republik durch unauffällige Rüstung Spitze in ruhigem Verlauf betrübt. Erbitte Eingreifen und Zurückhalten Sipo. Klinger." Ich bitte, in eine Prüfung der Angelegenheit einzutreten und wäre für Mitteilung des Ergebnisses dankbar.

Reichsminister des Innern, gez. Dr. Gradnauer."

In den Münchener Blättern werden diese Ersuchen des Reichsministers des Innern scharf kommentiert. So schreibt heute der „Bayerische Kurier":

„Der Ton, in dem jetzt die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung zu verkehren pflegt, ist geradezu unerträglich geworden. Man scheint in Berlin die bayerischen Regierungsbehörden nicht anders zu betrachten als das nächstbeste Bezirksamt (Kreisamt), wenn man seine Aufträge erteilt und über deren Vollzug umgehend Bericht einfordert. Wie wir hören, ist man in Bayern nicht länger gewillt, sich dies bieten zu lassen. Der heute stattfindende Ministerrat wird sich mit der sehr ernst gewordenen Lage beschäftigen. Ihr ist gestern angeblich Ministerrat wurde auch heute deshalb, und insbesondere auch mit dem neuesten Berliner Befehl sich befassen, der das Verbot der „München-Augsburgischen Abendzeitung" verlangt und sofort Bericht fordert, anscheinend. Man ist, wie wir hören, in Bayern nicht länger gewillt, diese willkürlichen Eingriffe in die Presse freiheit, die schließlich doch auch in der Reichsverfassung garantiert ist, mitzumachen. Man wird überall im bayerischen Volke unterer Regierung Recht geben, wenn sie sich diese Behandlungen nicht länger gefallen läßt, zumal die Berliner Absicht dabei sich nicht verkennen läßt, die bayerische Regierung unmöglich zu machen und den Kampf gegen die gegenwärtigen gesamten sozialistischen Oppositionen gegen die bayerische Regierung mit allen Mitteln zu unterstützen. —

Das Ausgleichsverfahren.

Der Bund der Auslandsdeutschen E. V. gibt bekannt:

Bereits früher wurde darauf hingewiesen, daß nach einem neuen Gesetzentwurf Nachzahlungen im ausländischen Ausgleichsverfahren bis zum 30. September 1921 geleistet gemacht werden können. Es ist bekannt, daß deutsche Gläubiger, welche aus irgend einem Grunde versäumt haben ihre Ausgleichsforderungen rechtzeitig anzumelden, Gelegenheit erhalten, das Versäumte noch nachzuholen. Eine Gelegenheitsmachung von Ausgleichsforderungen nach dem 30. September 1921 dürfte ausgeschlossen sein. Es liegt daher im gerechtesten Interesse aller Gläubiger, nunmehr rechtzeitig ihre Anmeldungen zu bewirken, wobei insbesondere darauf hingewiesen wird, daß die Unterlassung nach § 64 des Reichsausgleichsgesetzes gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht, und daß die Forderungen in diesem Falle gemäß § 18 des Gesetzes ohne Entschädigung entzogen werden können.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß den Schulkreisen reichsangehöriger Schulen unter Umständen gewisser Rechtsbehelfe im Verfahren auf Grund der §§ 44 und 46 des Reichsausgleichsgesetzes — außerdem, um die Hürden zu beseitigen, die darin liegen, daß so derartige Schulen grundsätzlich nicht zum Treuhandkurse, sondern zum heutigen tatsächlichen Marktkurse abtragen müssen. Zu bemerken ist, daß unter Umständen ein Aufschub auf Grund des Valuta-Unterschieds zwischen Reichsausgleichsmark gegenüber gegeben ist, sofern Zahlung der Schuld bereits stattgefunden hat. Einzelheiten bezüglich der Schuldtrage enthält der Artikel „Die Wertfragschulden der Auslandsdeutschen" in Nr. 10 der „Auslandswarte", offizielles Organ des Bundes der Auslandsdeutschen V. B. Berlin 2 Westkurfürstdamm 75".

Le Rond wieder in Oppeln.

O.E.G. Oppeln, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) General Le Rond ist am Sonntag vormittag in Oppeln eingetroffen und hat die Geschäfte der Interalliierten Kommission wieder übernommen. Der Stab des englischen Truppenkommandeurs General Henefer ist gestern nachmittag wieder nach Groß-Strehlitz verlegt worden.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Wahlkreisverbandder Groß Berliner Zentrumsorganisation veranstaltete am gestrigen Sonntagvormittag in der Stadthalle eine große Kundgebung, in der der Reichskanzler Dr. Wirth und der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer sprachen.

Nach einleitenden Worten des Herrn Langer nahm

der Reichskanzler

das Wort. Wir geben im folgenden die Rede des Kanzlers nach dem Bericht wieder, wie er von dem halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbureau verbreitet wird.

Er erinnerte einleitend an den Mord von Serajewo. Damals, als dieser Schuß gefallen war, war ein unscheinbarer Mann zur Verantwortung fehlte es in Europa an entschlossenen Männern, welche es verstanden hätten, ein Mittel zur Entspannung der Lage zu finden. Statt dessen wurde das Ultimatum an Serbien gerichtet. Der Reichskanzler wies auf die ungeheuerlichen Folgen hin, die ihn heraus erwachsen. „Lieber Jahre liegen schwer hinter uns. Trümmer häufen sich auf Trümmer, Millionen in ganz Europa sind verkümmert und zugrunde gegangen, weil der Gedanke der Gewalt gesiegt hat über die Idee der Verständigung und Versöhnung. In gewissem Sinne ist der Krieg noch nicht vorüber, noch sind die ungeheuren Grenzpfähle in Oberschlesien nicht eingegraben, aber unser Volk hat mit eisernem Willen den Wiederaufbau begonnen. Dieser elementare Wille zum Leben ist in der Reichsverfassung des Reichs dadurch zum Ausdruck gekommen, daß das Volk nach der Katastrophe des Krieges selbst die Verantwortung übernommen hat. Und heute liegen Jahre seit Sarajewo hinter uns. Die Wunden des Krieges sind noch nicht vernarbt, noch sind die Wunden, die Wunden der Seelen, die Wunden der Herzen, die Wunden der Menschheit wieder einzehen. Und da sollen wir verzweifeln, wenn wir dazu die Parole der Arbeit ausgeben? Soll uns das schinden, wenn wir diese große Idee, der die Welt zuneigt, als Parole der Republik bekennen? Nein, wir haben am 10. Mai diese Politik begonnen und es soll mir niemand nachsagen, daß ich einen Augenblick inkonsequent gewesen wäre; solange ich Reichskanzler bin und an dieser Stelle stehe, werde ich diese Wege gehen. Ich werde alle Extreme abwehren, auch wenn es sein muß mit allen Mitteln unserer staatlichen Macht, über die wir auch verfügen. Wer an die Gewalt appelliert, der verletzt das neue, das friedliche, das demokratische Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Nur nicht verzagen! Unser neuer Volksstaat wird nicht ernstlich zerstört werden, die Drachensaat wird nicht aufgehen. Er wird sich durchsetzen und eine Großmacht des Friedens werden. Der Kernpunkt ist der, daß alle, die vom Staate Schutz und Schirm beziehen, auch die Verantwortung für diesen Staat übernehmen. Das ist die Idee der tatsächlichen Lebens. Wo die Uebernahme der Verantwortung nicht wie bisher auch in Zukunft immer die Zentrumspartei in vorderster Linie stehen. Beim Opfer stehen wir immer in der Front! — „Deutschland doch in Ehren" ging einst der Sang. Die Größe ist vorbei. Unsere Ehre ist es, dem deutschen Volkskaate zu dienen mit Händen und mit Herzen, um der Freiheit willen.

*

Die Montagsausgaben verschiedener Berliner Blätter haben die Rede des Reichskanzlers gleich in einer Fassung veröffentlicht, die mit der des von uns wiedergegebenen halbamtlichen Berichts nicht übereinstimmt. Jener Fassung lag der Bericht einer Berliner Nachrichtenstelle zugrunde. Nach diesem Bericht sollte sich der Reichskanzler in viel schärferer und schroffer Form gegen die Rechte gewandt haben. Es hieß da in jenem Bericht, der Kanzler habe gesagt, wo auch die Rechtten ihr Haupt erhebe, werde das werktätige Volk zur Stelle sein. Die Leute, die am 9. November in den Mausselöchern gesessen hätten, mißbrauchten jetzt die Freiheit zu politischen Verunglimpfungen. Mit dieser Ausnutzung der Freiheit verdienen sie den Zuchthaus. Wer in Bayern stammten gar nicht aus Bayern, sondern seien Flüchtlinge der Reaktion, die da glaubten, die Reaktion nach Süddeutschland verpflanzen zu können. Ferner wurde berichtet, daß der Kanzler scharfe Angriffe gegen das Großhauptquartier gerichtet habe, das die Zahlung der Reichsbriefe sehr erschwert habe. Es habe nicht patriotisch, sondern aus Egoismus und Gewinnsucht gehandelt, weil es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte, in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde. Endlich hieß es, Dr. Wirth habe erklärt, er werde keinen Augenblick von seiner Politik abgehen und sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Machtmittel einzusetzen.

Diese Stellen und andere ähnliche fehlen in dem halbamtlichen Bericht. Es ist also anzunehmen, daß jener zweite Bericht tendenziös zugespitzt worden ist und daß dem Kanzler Worte in den Mund gelegt, die er nicht gesprochen hat. Das daß durch den halbamtlichen Bericht der bei der Reichskanzler ausdrücklich hervorgehoben hat, daß die Gewalt, möge sie von rechts oder von links kommen, verurteile. Diese Feststellung kann man nur aufs Lebhafteste begrüßen. Und man nun auch wünschen, daß die Reichsregierung, die Reichspräsidenten, der man Einseitigkeit vorwarf und deren Handhabung bisher die Berechtigung eines solchen Vorwurfs nicht widerlegt, mit derselben Energie gegen den Linksradikalismus angewendet wird, wie bisher gegen rechts gerichtete Organisationen und Zeitungen. Tatsächlich ist es doch ein Skandal, daß noch linksradikalem Radauntum ungehindert die Möglichkeit gegeben wird, selbst in gesellschaftliche Veranstaltungen des Bürgertums mit Leidungen gefährlich und mit schärferer Wetze gereizt werden. In keinem Lande ist die Persönlichkeit, das Privatleben, der gute Name besser, der das schwere und patriotische Opfer politischer Mitarbeit bringt, so schmäle gegen gemeinschaftlich öffentliche Verunglimpfungen. Wir brauchen

ein Gesetz,

und ich weiß mich dafür einsetzen, daß es bald kommt, damit die Ehre der Mitmenschen und desjenigen, der im politischen Leben steht, genau so gewahrt wird wie in anderen Ländern, beispielsweise England. Welcher anständige Mensch wollte sonst noch in die Politik gehen und seinem und seiner Kinder Namen den vergifteten Waffen der Verleumdung aussetzen. Ich erinnere nur an die Hetze gegen einen Mann wie Walter Rathenau, der seinem Vaterlande die größten Dienste geleistet und die schwersten politischen Opfer gebracht hat. Man nun diese Leute anständigste Kreise gegen ihn. Gewiß, er ist seinem Glauben treu geblieben. Gerade wir Katholiken müssen den Hut abziehen vor jemand, der für seine Ueberzeugung eintritt. Allen denen, die dem Vaterlande dienen, müssen wir danken, und auch

Reichshauptstadt.

Die Pankower Gewalttat.

Sprengung eines Wohlfahrtsfestes durch Kommunisten.

B. S. Nachdem bereits am Freitag abend eine Festschrift der Deutschen Volksparteiin Erxaun durch linksradikale Elemente gesprengt worden war, kam es am Sonnabend abend in Pankow zu wüstenmäßen gleichartigen Vorfällen, die den Eindruck erwecken, als ob es sich hier um ein planmäßig vorbereitetes Vorgehen handelt. Im Pankower Bürgerpark veranstaltete der Verein ehemaliger Angehöriger des Feldartillerie-Regiments ein Wohltätigkeitsfestvergnügen Besten der Hinterbliebenen von gefallenen Regimentsangehörigen. Es ist lebhaft um einen gemeinnützigen Zweck handelte, der feinerlei politische Zwecke verfolgte, hatte der Polizeipräsident die Erlaubnis zum Abhalten dieses Festes ohne weiteres erteilt. Während die zahlreichen Teilnehmer an den Kongert ruhig im Garten des Lokals saßen und den musikalischen Darbietungen lauschten, kommuniste lich auf der Straße eine größere Menge junger Burschen an, die nach auffreizenden Zurufen auf ein gegebenes Zeichen plötzlich von drei Seiten in den Kongertgarten eindrangen und ohne weiteres über die Festteilnehmer herfielen. Es kam zu einem

wüsten Handgemenge,

bei dem mit Stühlen, Knüppeln, abgebrochenen Straßenbäumen und Bierseideln geschlagen wurde. Der in großer Zahl anwesende Frauen und Kinder bemächtigte sich eine Panik, eine Reihe von den Vereinsmitgliedern wurde durch die von den Kongertsitzen geschleuderten Bierseidel nicht unerheblich verletzt, zahlreiche Frauen erlitten Ohnmachtsanfälle. Eine Polizei der Uebrigen wurde durch die Kommunisten, die die Ausgänge besetzt hielten, verhindert, wobei verschiedene Festteilnehmer von radikalen Elementen schwer mißhandelt wurden. Inzwischen war die Pankower Schutzpolizeiwache benachrichtigt worden, die sieben Beamte zum Tatort entsandte. Als die angerufenen Mann der Polizisten ansichtig wurde, die der Ueberzahl nicht gewachsen waren, formierte sie sich zu einer geschlossenen Reihe und zog unter den Gesang der „Internationale" den Schauplatz seiner Tätlichkeiten verließ. Der Kongertgarten bot nach dem Abzug der Ruhestörer einen wüsten Anblick. Fast alles Geschirr war zerschlagen, die Instrumente der Musikkapelle zertrümmert, auch die Festtischdecken waren beschmutzt. Ähnliche Vorfälle wurden bei dem Bombardement in Trümmer gegangen. Viele Festteilnehmer mußten bei der Rückkehr zu ihren Tischen feststellen, daß ihre bei der Flucht zurückgelassenen

Mäntel, Handtaschen usw. verschwunden

waren. Die Zahl der Verletzten konnte noch nicht genau festgestellt werden, da die meisten Personen sich sofort in ihre Wohnungen begaben hatten.

Wie von zahlreichen Augenzeugen übereinstimmend bekundet wird, war in dem Verlauf des Konzerts nichts enthalten, was irgendwie als Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet werden könnte. Es waren lediglich Bahnen angebracht worden, auch wurden keine vaterländischen Lieder gesungen oder Reden gehalten. Es ist bedauerlich, daß es zum Eintreffen der Polizei, obgleich die Pankower Wache schon vorher auf eine Wiederholung der des Abends befürchtete gemacht worden war.

Kommunisten-Demonstration im Lustgarten.

Die Kommunistische Partei hatte ihre Anhänger am gestrigen Sonntag zu einer Kundgebung für Sowjetrußland aufgerufen. Den der Wissenschaftsreiterei unter Leitung von Professor Einstein, mit dem Sowjetstern zur Hilfe für Rußland auf. Es sprachen die Mitglieder der Zentrale der K. P. D., Böttcher, Friesland und Rosi Wolfstein lobnie einer der deutschen Vertreter auf dem Moskauer Weltkongreß, Wissenberg. Die Redner wiesen auf die Veränderung der Lage Sowjetrußlands gegenüber dem Vorjahre hin. Während man im vorigen Sommer in Berlin bereits gehofft habe, daß in kurzer Zeit die

rote Kavallerie nach das Brandenburger Tor

einziehen würde, sei Sowjetrußland heute durch ein unvorhergesehenes Nahrungsmittel in einer bedrängten Lage.

In Sachen Frieda Hempel. Infolge eines bedauerlichen Versehens hat eine Notiz, in der von der Ankunft der Opernsängerin Frau Frieda Hempel im Hotel Adlon Mitteilung gemacht wurde, in der Sonnabend-Nummer unseres Blattes Aufnahme gefunden. Diese Notiz hat in unserer Voreilsicht mit Nicht Mißtrauen erregt; man erinnert sich noch gut an die Nachrichten, die in den ersten Kriegsjahren über das Verhalten der Frau Frieda Hempel in Amerika zu uns kamen. Sie soll in dem Hotel auf offener Bühne der französischen Fahne abscheulichste Gleichgültigkeit dargebracht und damit ihre nationalen Pflichten auf das gröblichste verletzt haben. Frau Hempel hat zwar gelegentlich die gegen sie erhobenen Beschuldigungen bestritten, aber eine völlige Klarstellung der Tatsachen ist durch jene Ablehnung nicht erfolgt. Solange die Angelegenheit nicht restlos geklärt ist, ist es auf, daß Frau Hempel das Volk ihrer Tätigkeit im Ausland erst kurz vorher gerade in Berlin Gelegenheit zu finden dringend notwendig erscheinen lassen, daß bei uns kein neuer Anlaß zur Weckung leidenschaftlicher Erregungen gegeben wird.

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.

Die am letzten Freitag in der Funktionärkonferenz der Berliner städtischen Betriebe gefaßten Beschlüsse haben eine eigentümliche Situation geschaffen. Während nämlich auf der einen Seite von den Funktionären der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsvorsitzendes unverzüglich den Schlichungsausschuß Groß-Berlin anzurufen, wurde andererseits die Forderung der Gemeindearbeiter von der Konferenz angenommen, in der dem Magistrat bis zum Donnerstag, den 8. d. Mts. ein Ultimatum gestellt wurde. Der Vertrag des Vertreters des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Sozialdemokraten zu Ultimatumsmittel von dem Umstand abhängig zu machen, daß der ingwischen zu fällende Schiedsspruch des Schlichungsausschusses abgelehnt werde, scheiterte an der ablehnenden Haltung der Mehrheit der Funktionäre. Das Ultimatum an den Berliner Magistrat ist also gestellt und läuft am kommenden Donnerstag ab.

Eine befriedigende Lösung der ungeklärten Situation wäre trotzdem möglich, wenn der Schlichungsausschuß Groß-Berlin rechtzeitig einen Schiedsspruch fällen könnte. Die Verhandlungen hierüber sollen bereits für den morgigen Dienstag angesetzt, wurden jedoch heute wieder abgelegt werden, da der Magistrat die Annahme des Spruchs nur dann erklärt, wenn der Verbandlungen wünscht. Der Magistrat ist bis zum kommenden Donnerstag, dem 8. d. Mts. Zeit, um sich zu entscheiden, d. h. bis zum Ablauf des Ultimatums der städtischen Arbeiter aller Wahrscheinlichkeit nach keine Verhandlungen vor dem Schlichungsausschuß stattfinden können. Weitere Verhältnisse der Arbeiter werden voraussichtlich erst am Donnerstag, dem 8. d. Mts. Morgen, vorliegen.

Barometer- und Thermometerstand
bei Petitpierre, Friedrichstr. 68

Am abends	8 Uhr 757 mm	+17	Grad C
Am 5. morgens	8 Uhr 758 mm	+15	Grad C
Am 5. mittags	1½ Uhr 759 mm	+20	Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgebung.

Nachts kühl, am Mittag ziemlich warm, vielfach heiter, vorübergehend wieder stärker bewölkt bei nachgiebig westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 48

Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck

aus Petersburg und Paris (1859—1862)

Mit 8 Bildnissen in Kupfertiefdruck

Herausgegeben von

L. Raschdau

Gesandter a. D.

3 Bände im Gesamtumfang von rund 500 Seiten

Preis jedes Bandes gebunden 25.— Mk. und Teuerungszuschlag

Dieses Buch ist ein historisches Dokument ersten Ranges und bietet interessanteste Parallelen zur jüngsten Zeitgeschichte, gleichzeitig die letzte große Gelegenheit, das bis heute für das deutsche Volk in der vollständigen Kenntnis der Tätigkeit seines bedeutendsten Staatsmannes bekannten Lut. Eine unendliche Fülle von Geist, Witz, Ironie, geschichtlichem Streitlichtern wird in diesem hochwichtigen, historisch-politischen Werk geboten.

Flender Riemenspannrollen

und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Gestaltung von Riementrieben

Unsere neue illustrierte Broschüre ist erschienen und steht Interessenten gern kostenlos zur Verfügung

FLENDER

A. Friedr. Flender & Co. Transmissionswerke, Düsseldorf

Volkswirtschaftlicher Teil.

Montag, den 5. September 1921.

Handel und Gewerbe im August.

II.

Bekleidungsindustrie.

In der Baumwollindustrie hielt die verstärkte Nachfrage im August an. Beschäftigung ist auch für die kommenden Monate vorhanden. Gekauft wurde besonders in Hinblick auf das steigende Anziehen der Preise für Rohbaumwolle und Garne. Baumwollgarne stellten sich für Nr. 20er beim Nr. 30er am 1. August auf 42,82 M. bezw. auf 51,50 M., am 11. August auf 44,56 M. bezw. auf 53,54 M., am 19. August auf 46,03 M. bezw. auf 57,12 M., am 23. August auf 47,65 M. bezw. auf 59,68 M. Auch die Preise für Rohnessel zogen an: Von 7,75 M. pro Meter für die Standardqualität 86 Zoll, Nessel 16/96, 20/20 auf 8,50 bis 9 M. Die erhebliche Nachfrage nach gerauhten Baumwollstoffen konnte nicht befriedigt werden (Münster i. W.).

Chemische Industrie.

Alle von der chemischen Industrie benötigten Rohstoffe wurden von einer Teuerungsbewegung erfaßt, die eine Verteuerung der Fertigfabrikate zur Folge haben musste. Der Geschäftsgang war lebhaft. Die im allgemeinen belebtere Aktivität findet ihre Schranken darin, dass einige Länder, unter ihnen Frankreich, durch eine übersaus scharfe Schutzzollpolitik die Einfuhr deutscher Erzeugnisse erschwerten.

Industrien der Steine und Erden.

Der Absatz der Zementwerke hat infolge Belebung der Bautätigkeit gegenüber dem Vormonat eine weitere Besserung erfahren. Verschiedene Firmen klagen darüber, dass besseres Sorten Kohlen, wie sie zur Zementherstellung gebraucht werden, immer noch nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Wie in vielen anderen Industriezweigen, so finden auch in der Zementindustrie zurzeit Verhandlungen über neue Lohnforderungen der Arbeiter statt (Münster). Die Produktionsverhältnisse für Fenster- und Farbenglas besserten sich. Die Nachfrage nach diesen Fabrikaten war wieder lebhafter. Ausserdem erfolgten für die Sparpfennen nicht unbedeutende Aufträge. Auch der Absatz für Hohlglas hat sich erbessert.

Holzhandel und Sägewerksindustrie; Papierindustrie.

Die Lage am ostpreussischen Holzmarkt war im allgemeinen gegenüber dem Vormonat unverändert. Absatz nach dem Auslande war nicht vorhanden. Es ist abzuwarten auf die Lieferung an die Entente, besonders an Frankreich, schrumpften immer mehr zusammen. Die Lage auf dem Papiermarkt hat sich gegenüber dem Vormonat kaum geändert. Trotz leichter Steigerungen der Kaufkraft haben einzelne Betriebe Arbeitseinschränkungen bis zu 20 und 30 Proz. vornehmen müssen. Die Preise für das Fertigfabrikat haben keine Aenderung erfahren, doch ist bei den zu erwartenden Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer mit einer Steigerung für den nächsten Monat zu rechnen.

Bier, Tabak, Wein, Bäderverkehr.

Wie voraussuzehen war, ist infolge Aufhörens der staatlichen Bewirtschaftung zunächst eine sehr erhebliche Steigerung der Gerstenpreise eingetreten. In die Erste hat sich qualitativ, sondern auch quantitativ ausgezeichnet ist, wird darauf geschehen, dass die Preise wieder etwas zurückgehen. Die diesjährige Hopfenernte in Deutschland deckt den deutschen Bedarf nur etwa zur Hälfte bis höchstens zu zwei Drittteln. Die geplanten Brauereien werden gezwungen sein, Hopfen zu sehr hohen Preisen zu kaufen (Berlin). Die Verordnung vom 4. Juli 1921 über eine weitere Erhöhung der Tabaksteuersätze zum 1. Oktober d. J. hat zur Folge gehabt, dass der Einzang der Beschlagnahmen in der Tabakindustrie zu rechnen hat, so dass die Industrie bis Ende September gut zu tun hat. In der Erwartung, dass die Aufhebung der Weinzwangswirtschaft in Kürze erfolgen wird, ist im Rheinweinhandel tellweise insofern eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten, als einzelne Firmen des Grosshandels Einkäufe für den Herbst in mässigem Umfange getätigt haben. Die Geschäftslage der Sektindustrie wird als schlecht bezeichnet. Die Lage im Bäderwesen war auch im August ungünstig. Die Preise für Beherbergung und Verpflegung bewegten sich in normalen Bahnen. Für Ausländer sind infolge des Tiefstandes der Mark die Preise ausserordentlich niedrig.

Begion der Nürnberger Hopfenmärkte. Nürnberg, 3. September. (Eigenbericht). Die Hopfensaison 1921/22 hat in kaum bereits erheblichen Zufuhren den Beginn, nachdem zum Markte, etwa 2500 Ballen, Ende September 1100 aus der Hallertau. Während bei Schluss der Berichte der Markt noch eine sehr feste Haltung zeigte, liessen schon alle Anzeichen darauf schliessen, dass noch bald eine Abflauung sowie nicht bis auf her abwärtsbewegen. Die trad dem auch in der Berichterstatter ich. Der Grundzustand trägt den guten Angebot gegenüber entsprechende Zurückhaltung, so dass schon am zweiten Wochentage ein Preisfall von 800—1000 M. bei allen Sorten zu konstatieren war. Allmählich befestigte sich die Stimmung wieder und auch die Preise zogen an. Bei dieser Schlussbewegung und leicht nachziehenden Preisen bestehen bei Vorbrauereien folgende Preise: Hallertauer Hopfen 5500—6000 M., Gebirgshopfen 6000 bis 6500 M., Hallertauer Hopfen 5000—5500 M., Hallertauer Gebirgshopfen 6000—6500 M., und nicht 6000—6500 M. Hopfen gerichtet, wobei 4500—5000 M. es werden jedoch nur unbedeutende Posten von Kaufschlußnahmen gemacht. Auch einige Abschlüsse in ganz guten Hopfen zu 6000—6500 M. unterhalb des Marktes wurden bekannt. Die heutigen Werte gelten für Hallertauer Hopfen zunächst noch vorläufig und dürfte die Lage dieses Werte bereits neigen. Das eingetretene Produkt zeigt schöne Doldenbildung und erscheint auch gut in Aroma, Lupulin, Gerbstoff und Bitterstoff. Im allgemeinen ist die Ernte bis jetzt ein ziemlich gutes Ergebnis. In einzelnen Anbaugebieten, namentlich in der Hallertau und im Gebirgsland, sind viele Aufkäufer anwesend und das Geschäft geht dort lebhaft vorwärts. Die Ernte ist bei Hopfen ausgezeichnet. In Belgien hat die Pflücke ebenfalls bereits begonnen und nach einigen Berichten ist der Ertrag in Brassel wie in Alost um 400—475 Fr. gestiegen. In Elsass hat der Hopfen sich gut entwickelt und etwas ergeben. Der Handel tieter für das neue Produkt 750—800 Fr., während die Preise für das alte Produkt 1000 Fr. gehen. Die Abschlüsse sind bis jetzt unbedeutend. In Slavien Lande ist die Hopfenernte bis jetzt ziemlich befriedigend, und das gewonnene Produkt erweist sich als dessen hervorragend und von hoher Bragkraft. Die quantitative Beobachtung lässt das bisherige Ergebnis mehr als gut bezeichnen. Die Preise gehen 2000 M.

International Rauchwarenauktion in New York. Bis dem am 19. September beginnenden Auktionsverkauf von Rauchwaren-Rohfellen (Pelzwerk) in New York kommen u. a. nach unserer Originalzeitung bereits angekommen Fohpelle, Alaska und Canada, ferner ca. 2000 Ballen Fuchsfellen, ferner Kanada, ferner ca. 2000 Ballen Fuchsfellen, ferner 300 000 Bisam, 250 000 amerikanische Opossum, 150 000 Kanada, 65 000 Fuchs, 62 000 Nerz, 20 000 australische Opossum, 20 000 Persiana und Breitschwanz, 12 000 Hermelin auf dem Markt.

Weinversteigerungen. 2. Sept. (Eigenbericht). In Hallgarten kam Königsgrund versteigert 10 Fuder 1921er und 1920 war Nachsteigerung. Ferner Weine wurden 10 Fuder 1921er versteigert. Es stellte sich das Halbstück (Ohm) 1921er Wein auf 23 Mark, 1920er auf 25 Mark. Ferner 1921er 25 000 M. das Halbstück. — Die Winzer-Genossenschaft von Johannisberg brachte in Rahn eine gesamt 1919er und 1920er Weine, meist naturrein, zum Ausgebot. Es gingen 1919er 23 Stück in Ohm 1920er 1 Stück. Es kosteten (ohne Fass) je Stück 1919er Naturweine 9000, 11 000, 13 000, 14 000, 15 000 M. je Stück. 1919er (gemischt) 9000—11 500 M. 1917er 17 Stück 1920er naturwein 10 000, 11 000, 12 000 M. 1919er Rheingauer Winzerverein versteigerte 43 Fuder 1920er Weine. Es erzielten: Für Gerichtsgrund wurden für die 1000 Liter 1920er 15 000, 17 500, 18 000, 20 000, 22 000, 25 000, 30 000, 31 000 M. bezahlt.

Sportnachrichten

Rennen zu Grunewald.

Wallenstein schlägt König Midas und Graf Ferry.

Das Hauptinteresse richtete sich auf den Poppelsdorfer Ehrenpreis, wo je zwei Wallenstein- und Wallenstein, König Midas, Graf Ferry, Flüchtling und Herzlichkeit aufeinanderstießen. Ausführlicher Bericht folgt. Die Resultate:

Preis von Schönburg. 19 000 M. 1600 Meter. 1. M. Steins Scapa (Ebert), 2. Saxonbande, 3. Crestalle. Tot.: 48, Pl. 31, 128. Ferner: Offensive (4), Rabenfelsen, Dianas. Leicht 3—2—1 Sg. — **Ermelerungsrennen der Stuten.** 24 000 M. 1000 Meter. 1. St. Daniela Mirabelle (Gologus), 2. Rabe, 3. Lola Bianca. Tot.: 160, Pl. 41, 29, 21. Ferner: Marietta (4), Mallary, Nordlee, Ravenna, Cigarillo, Ariante, Centurie, Wal a prunes, Zeber ½—½ Sg. — **Hoppegartener Ehrenpreis.** Ehrenpreis und 30 000 M. 1600 Meter. Jehr. S. A. Ehrenpreis (Wallenstein (Schimmann), 2. König Midas, 3. Graf Ferry. Tot.: 56, Pl. 18, 18, 18. Ferner: Perlschnur (4), Flüchtling, Gundel, Korrenge. Sicher 1—3—½ Sg. — **Hamilton-Rennen.** 24 000 M. 2000 Meter. 1. G. Wirth-Hampersdorfs Weber (Stubinger), 2. Wolfsschlucht, 3. Felbegan. Tot.: 27, Pl. 13, 15. Ferner: Wiberchall (4), Monika, Rampf ½—1½—3 Sg. — **Jmmun 25 000 M.** 5000 Meter. 1. G. Dobeck's Tauchwind (G. Janek), 2. Alan II, 3. Parther. Tot.: 44, Pl. 20, 53, 28. Ferner: Funkspruch (4), Perfiscal, Schwalbenfeder, Jehr. Alamuhle. Sicher ½—Kopf—Kopf. — **Galtere Moorrennen.** 30 000 M. 1200 Meter. 1. M. Daniels Pirarin (Lazard), 2. Contrabant, 3. Joachim Ernst. Tot.: 20, Pl. 12, 14, 21. Ferner: Bernhard (4), Heinrich Gich, Wahlit, Wiesner, Diesner, Wiesbaud. Kopf—Kopf ½—3—4 Sg. — **Steinweter Kaufgelände.** 24 000 M. 1400 Meter. 1. G. Rumalds Bannstein (Zandt), 2. Sommerlust, 3. Kaiser. Tot.: 40, Pl. 15, 22, 17. Ferner: Tatana (4), Prüfung, Douschte, Münze. Leicht 1—3—Kopf.

September-Rennen zu Mannheim.

Der Badische Rennverein begann am Sonntag seine Herbstrennveranstaltung. Die Rennen hatten sich des besten Wetters zu erfreuen und hatten eine große Zuschauermenge angelockt. Der Mannheimer Herbst-Preis, ein Jagdrennen über 4000 Meter erhielt mit dem leichten Siege von Fliegender Tor gegen Mißfortune und Jeb Stuart 3 Pferdes Bundes an seinem hohen Gewicht scheiterte. Im Winder-Hürdenrennen nahm Wyoiotta ihrem Reiter die Hand und siegte gegen Mr. Bell um 2 Bahn. Die Stute wurde aus dem Rennen zurückgezogen. Die Resultate:

Winder-Hürdenrennen: 18 000 M. 2600 Meter: 1. M. Lindenberg's Schadenfreude (Klapper), 2. Domino, 3. Pureeler. Ferner: Gale, Wyoiotta (Reichsgegen), Armgard, Anitra, Dulsin, Jwan. Tot.: 80:10, Platz 15, 11, 16. Sieg 4—3—½ Sg. — **Donau-Ausgleich.** 24 000 M. 3000 Meter: 1. G. Schmitt's Anderten (Gertels), 2. Kofel, 3. Pontjer II. Ferner: Flüchtling, Tonio, Nadelwehr, Jobe Hesse, Jn Kunst, Marfgraf. Tot.: 57:10, Platz 18, 16, 25. 4—½ Sg.—Weile. — **Mühlau-Jagdrennen.** 18 000 M. 4000 Meter: 1. G. Weinmann's Jeb (Großer (Freyed), 2. Cherusker II, 3. Salambo. Ferner: Dur (ef.), Anführer, Nützgeld, Primel, Pillile, Calimero, Wiesenkönig. Tot.: 59:10, Platz 27, 30, 18. Sehr leicht, 6—3—6 Sg. — **Jahn-Flachrennen:** 20 000 M. 1400 Meter: 1. Weber-Mannheim's Deficit (Wiegel), 2. Taurus, 3. Mensko. Ferner: Sedon (4), Armin, Kotte, Bergzeit, Ju Vivre. Tot.: 18:10, Platz 19, 10, 16. Kopf—Kopf 3—2 Sg. — **Mannheimer Herbstpreis.** Ehrenpreis und 20 000 M. 4000 Meter: 1. G. Pelz's Fliegender Tor (Werber), 2. Wasserstrecke, 3. Luß jeb. Ferner: Feldherr (ef.), Armenmatz (4), Dunbing (5). Tot.: 59:10, Platz 30, 11, 11. Sieg 2—½ Sg.

Jagdrennen-Flachrennen: 16 000 M. 2000 Meter: 1. J. Bürger's Cogantini (Steffel), 2. Wasserstrecke, 3. Sepol. Ferner: Gimmerstreit, Morette, Mantua, Polka, Erfsland, Cato II, Odo, Palettina, La Halte, Milbourg, Star (blieb lahm), Neutral. Tot.: 55:10, Platz 25, 29, 30. Sicher Kampf, kurzer Kopf—1—2 Sg. — **Neuwiedinger Jagdrennen:** 21 000 M. 3600 Meter: 1. Wiesenkönig II (Grabbauer), 2. Rückerte, 3. Blumengola. Ferner: Bimbum, Jemisha, Wasserkanz, Jagdschloß, Siegfried II, Diffel II. Tot.: 69:10, Platz 29, 17, 26. Leicht, 3 Sg.—Hals—½ Sg.

Rennen zu Krefeld.

Preis von Kempen. 25 000 M. 1200 Meter. 1. S. Weinberg's Leitha (Sarin), 2. Filius, 3. Goldfisch. Tot.: 21, Pl. 14, 41, 15. Ferner: Ballspiel (4), Wilfitie, Theorie II, Apolonia, Conjuria, Allah, Plate Forme II, Croino, Jakobine. Werb. 5—1—½ Sg. — **Stadtgarten-Jagdrennen.** 20 000 M. 2000 Meter. 1. Graf Ferry's Nerone (Certel), 2. Thymian, 3. Hoha. Tot.: 19, Pl. 12, 21, 12. Ferner: Wenhula (4), Glanz, Golconda, Succurs (ungel.), Boruk. Sicher ½—8—12 Sg. — **Preis vom Flohbusch.** 25 000 M. 1400 Meter. 1. H. Zimmermann's Coffierre (Dinter), 2. Fetzen, 3. Hoefel. Tot.: 40, Pl. 55, 30, 21. Ferner: Biebermann (4), Silao, Rheingold, Kaptator, Wartenburg, Gellit. Leicht Hals—½ Sg. — **Niederrheinisches Jagdrennen.** Ehrenpreis und 50 000 M. 3700 Meter. 1. Frau G. v. Zurmgrodt's Ghillim (Ackermann), 2. Mentor II, 3. Gaspar. Tot.: 57, Pl. 21, 24, 25. Ferner: Timof (4), Rille-rille (ef.), Treulerz (ausgeber.), Ehrenmann, Rosengarten (ef.), Triumph (ungel.), Lohnsamm (ungel.), Pantzgräfin. Leicht 8—½—6 Sg. — **Preis von Wilhelmshof.** 35 000 M. 2200 Meter. 1. Gestüt Eichenwäldchen's Nimalto (Ackermann), 2. Jochim Ernst, 3. Fritz Werner. Tot.: 36, Pl. 18, 28, 28. Ferner: Lucille (4), Sternbild, Mari, Zarod. Sicher ½—4—5 Sg. — **Hülsberg-Rennen.** Ehrenpreis und 25 000 M. 2800 Meter. 1. W. Pfeiffer's Donner (Winter), 2. Eierbecher, 3. Cecil. Tot.: 40, Pl. 12, 15, 26. Ferner: Erika II (4), Schneerose (gef.), Sünde (5), Zoni (ausgeber.), Serenade (ausgeber), Elk (ausgeber). Sehr leicht 4—1—½ Sg. — **Herbst-Ausgleich.** 25 000 M. 2000 Meter. 1. H. Siffmann's Leichsinn (Rüd), 2. Canarya, 3. Hadrubian II. Tot.: 34, Pl. 23, 21. Ferner: Kranvoeis (4), Berthalda, Tolzion, Florett, Wasserturm, Champagne. Sicher Hals—1—Kopf.

Rennen zu Halle a. S.

Haide-Rennen. Ehrenpreis und 14 000 Mark. 2000 Meter. 1. J. Schütte's Confetti (Unruh), 2. Zage, 3. Wasserdogel. Tot.: 192, Pl. 64, 31, 76. Ferner: Spitfire, Stern, Wolfall, Hobelbo, Corvette, Midham, Saarfeld. Sicher ½—½ Sg. — **Saale-Jagdrennen.** Ehrenpreis und 16 000 M. 2600 Meter. 1. Prinz v. Türnberg's Schwarzblau (Gel.), 2. August (Frdr. v. Berdem), 3. Valentine (Hpm. v. Bohl). Tot.: 41, Pl. 17, 14. Ferner: Jirka (4). Leicht 1—Kopf. — **Wittekind-Hürdenrennen.** 18 000 M. 2800 Meter. 1. Jehr. L. v. Richthofen's Rheinpfalz (Ackermann), 2. Memento (G. Müller), 3. Clarda-Fürstin (Wagener). Tot.: 99, Pl. 22, 14, 17. Ferner: Schwerhall (4), Sarrabende (gef.), Orta (ef.) Gisbella. Leicht 3—2—Weile. — **Preis von Halle.** Ehrenpreis und 30 000 M. 5000 Meter. 1. Gestüt Graditzer Gestüt's Berthold (Geb. S. Berchem), 2. Menja (Beh.), 3. Willebart (Bel.). Tot.: 17, Pl. 15, 18. Ferner: Gero (4), Silberkrieger, Kanter 2—20 Sg. — **Preis vom Gleichenstein.** 29 000 M. 4800 Meter. 1. v. Valtier's Cuxy (Buchholz), 2. Zippel, 3. Granit. Tot.: 25, Pl. 17, 16. Ferner: Orianne (4), Stella II (gef.). Sehr leicht 6—½—10 Sg.

Rennen zu Dresden.

Auch der Sonntag war für den Dresdner Rennverein ein selten großer Erfolg. Die Bahn wies einen Rekordbesuch auf, so daß selbst die Rennstallbesitzer vertreten waren. Im Preis von Schandau, der Hauptnummer des Programms, kämpften in der Geraden Filter, Kern und Zamfinkaj fast in Linie vor Diala. Letztere kam vor dem Ziel in der Mitte auf und rang Kern und Zamfinkaj nach Kopfkampf nieder. Im Jagdrennen der Dreijährigen kam Prinzeß Pumpia allein ein. Die Resultate lauten: 1. Rennen. 1. Prinzeß Pumpia (Gismont). 2. Schafal. 3. Beljagar. Tot.: 16, Pl. 12, 13. Ferner: Steinani (4), Armido. Werb. 8—½ Kopf. — 2. Rennen. 1. Prinzeß Pumpia (Gismont). Tot.: 28, Pl. 24. Ferner: Schwanenritter (gef.), Mayor (ausgeber.), Ulsen (ausgeber.). 3. Rennen. 1. Cocoma (Rittm. v. Keller), 2. Saakia (Gerr v. Pelzer), 3. Wahnsinn (Lt. v. Mesfeld). Tot.: 12, Pl. 10, 10. Ferner: Ekaide (4), Brett. Werb. 6—2½—8 Sg. — 4. Rennen. Hagelschlag (Gerr v. Falkenhausen), 2. Jit gemacht (Rittm. von Keller), 3. Riet in die Mitte (v. Bulow). Tot.: 20, Pl. 13, 14. Ferner: Don Kosak. Ueberl. 4—5—4 Sg. — 5. Rennen. 1. Diala (Zenglik). 2. Kern. 3. Zamfinkaj. Tot.: 40, Pl. 17, 26, 19. Ferner: Filou (4), Jagaato, Jratos, Harangod, Weiß, Trauerschleier, Konnod, Detus. Schwerer Kampf, kurzer Kopf—Hals. — 6. Rennen. Rennen Gerstel. 2. Gimpel, 3. Maugeol II. Tot.: 37, Pl. 17, 18. Ferner: Sisfiel (4), Ausfluch, Leichter Sieg 3 Sg. — 7. Rennen. 1. Marmol (Rittm. v. Pelzer), 2. Maubgrafin (Lt. Staudinger). Tot.: 13. Sieber 4 Sg.

Trabrennen zu Hamburg-Farmsen.

1. Rennen. 1. Fiffel (Fischer). 2. Moos. 3. Fiel. Tot.: 58:10. Platz 40, 36, 37:10. 22 Tiefen. — 2. Rennen. 1. Dolomit (Wiehl). 2. Bruno II. 3. Wanderer. Tot.: 13:10, Platz 12, 26, 65:10. 20 Tiefen. — 3. Rennen. 1. Pinda (Weiß). 2. Zaurus. 3. Fridolin III. Tot.: 28:10, Platz 19, 15, 16:10. 17 Tiefen. — 4. Rennen. 1. Gertrude I (Schurmann), 2. Zita, 3. Freundin I. Tot.: 171:10, Platz 53, 31, 66:10. 9 Tiefen. — 5. Rennen. 1. Gerti (Schutzmann). 2. Long II. 3. Wachtmeister Fritz. Tot.: 34:10, Platz 19, 30, 124:10. 8 Tiefen. — 6. Rennen. 1. Rüstig (G. Willi). 2. Meinsdorpa. 3. Bidal. Tot.: 99:10, Platz 25, 14, 21:10. 12 Tiefen. — 7. Rennen. 1. Alter W. (Stiens). 2. Herr. 3. Rückerte. Tot.: 118:10, Platz 20, 17, 13:10. 14. Tiefen. — 8. Rennen. 1. Emigrer (Frerch). 2. Alfade. 3. Clerimond Jean. Tot. 40:10. Platz 17, 28, 14:10. 9 Tiefen.

Bei den Trabrennen in München-Zaglfing am Sonntag fielen: Gisela II (Tot.: 310:10, Platz 58:10), Se Petit (Tot.: 21:10, Platz 11:10), Ferdinand (Tot.: 69:10, Platz 15:10), Lyzacy (Tot.: 28:10, Platz 16:10), Traurestse (Tot.: 54:10, Platz 17:10), Zuza (Tot.: 33:10, Platz 31:10), Doppelsieber (Tot.: 44:10, Platz 29:10).

Deutschland — Schweiz.

Deutschland siegt mit 10:4 Punkten.

Auf dem Platze der Old Boys in Basel ging gestern der mit Spannung erwartete erste offizielle Länderkampf zwischen Deutschland und der Schweiz. Es wurden die Leistungen durch den Regen stark aufgeweichten Boden erheblich beeinträchtigt. Immerhin konnten die beiden Vertreter einen schönen Erfolg für sich buchen, da die Schweizer nur in 4 Konkurrenzen siegten. Die Ergebnisse waren:

100 Meter: 1. Jmbach (Schweiz) 11:1, 2. Houben (Kruttbreiche), 3. Zentleben. — 1000 Meter: 1. Köpke (Hbg.) 2:06,3, 2. Scherr, 3. Gerin. — Diskussionen: 1. Steinbrenner 42,82 Meter, 2. Buchgeister 41,70 Meter, 3. Gerbach 37,62 Meter. — 400 Meter: 1. Kinkler (Schweiz) 55,9, 2. v. Halt, Dünker als 2. dritte. — Hochsprung: 1. Schumacher 1,70 Meter, 2. Guhl 1,65 Meter, 3. Guhl 1,40 Meter. — 400-Meter-Staffel: 1. Deutschland 46,6 Sek., 2. Schweiz 25 Meter zurück. — 800 Meter: 1. Wärth (Schweiz). 2. Kern, 3. Haggenstoß. — Weitsprung: 1. Schumacher 6,55 Meter, 2. Sellinger 6,40 Meter, 3. Gerspach 6,18 Meter. 4. Steiner 5,70 Meter. — Kugelstoßen: 1. Sölflinger 12,29 Meter, 2. von Luit 12,26 Meter, 3. Garnas 11,43 Meter. 4. Maier. — 200-Meter-Staffen: 1. Houben 24,7 Sek., 2. Jmbach, 3. Schuler, 4. Krüger. Speerwerfen: 1. Lüdeke, 2. Buchgeister, 3. Gerspach 6,18 Meter, 4. Steiner 5,70 Meter. — Kugelstoßen: 1. Sölflinger 12,29 Meter, 2. von Luit 12,26 Meter, 3. Garnas 11,43 Meter,

Reichsbank.

(31. August.

Neue Kreditanspruche des Reichs. — Reduzierung des Goldbestandes.

sämtliche Zahlen in 1000 ℳ

	31. Aug. 21	23. Aug. 21	31. Aug. 20
Metallbestand . . .	1 090 556	1 098 107	1 098 076
davon Gold . . .	1 023 708	1 091 543	1 091 668
Reichs- und Darlehnskassenscheine . . .	3 044 888	3 644 332	18 686 476
Noten anderer Banken	3 614	6 285	2 130
Vechsel u. Scheck	1 602 477	1 621 009	46 379 155
Diskontierte Schatzanweisungen . . .	84 043 891	75 031 147	—
Lombardforderungen	7 204	11 134	9 821
Effekten . . .	256 319	266 012	264 295
sonstige Aktiva . . .	6 058 195	6 482 085	12 062 593
Grundkapital . . .	180 000	180 000	180 000
Reservefonds . . .	121 413	121 413	104 258
Umlaufende Noten .	80 072 721	77 190 575	58 401 203
Sonst. fällige Verbindlichkeiten			
Reichs- und Staatsguthaben . . .	4 850 843	2 142 998	15 771 766
Privatguthaben . . .	8 798 576	7 686 275	—
sonstige Passiva . . .	1 455 961	449 182	4 045 848

Der Ausweis der Reichsbank vom 31. August lässt eine starke Inanspruchnahme der Bank in der letzten Ausstwoche erkennen. Im wesentlichen unter der Einwirkung des zu den Monatsschlüssen üblichen erhöhten Zahlungsmittelbedarf ist der Banknotenumlauf um 2882,1 Mill. M. auf 80 072,7 Millionen Mark gestiegen. Der Umlauf ist im Durchschnitt des Monats weiter, wenn auch geringfügig — nämlich um 20,2 Mill. M. auf 78362,9 Mill. M. — zurückgegangen. Die gesamte Kapitalanlage der Bank zeigt ein Anschwellen um 8972,5 Mill. M. auf 85 312,4 Mill. Mark. Während die übrigen Anlagekonten — das Wechselkonto, die Lombardanlage und das Effektenkonto — Verminderungen aufweisen, haben die Bestände der Bank an diskontierten Reichsschatzanweisungen infolge ihrer Kreditanspruche seitens des Reiches und dadurch, dass vielfach von Privaten Schatzanweisungen rediskontiert oder nicht verlängert wurden, um 9012,7 Mill. M. auf 84 043,9 Mill. M. zugenommen. Infolge der von Deutschland bis zum Ende August geleisteten Zahlung an die Entente in Gesamthöhe von 1 Milliarde Goldmark hat es sich als notwendig erwiesen, aus dem Geldbestande der Bank einen Betrag von 68 Millionen Mark in ausländischen Devisen an den Reiche für diese Zahlung abzugeben. Bei den Darlehnskassen ist eine weitere Rückzahlung grösserer Darlehnsbeträge zu beobachten. Der gesamte Darlehnsbestand ist um 620,8 Mill. M. auf 3 191,5 Mill. M. eingeschränkt worden. Die Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen haben sich um 600,3 Mill. M. auf 2958,6 Mill. Mark vermindert.

Neues Leben im Antwerpener Hafen.

Aus Antwerpen wird uns geschrieben: Die Statistik der hiesigen Hafenbewegung für den August wird sehr befriedigend ausfallen. Vor dem Kriege liefen durchschnittlich täglich 30 Güterdampfer Antwerpen an, am 1. September waren etwa ein Dutzend anwesend.

Die Kriise des letzten Jahres wurde grösstenteils allgemein der herrschenden antideutschen Haltung der vorigen Stadtverwaltung in die Schuhe geschoben. Dieser Stadtrat hatte sich im Laufe des Jahres an die Spitze der grossen Demonstration gegen die Rückkehr der Deutschen gestellt, weshalb die deutschen Kaufleute ihre Schiffe und Ladungen zuerst wie möglich über andere Häfen leiteten. Erst nach der Wahl von Camille Huysmans und Van Cauwelaert haben die Hamburg-Amerika-, Roland-Kosmos- und Südamerikanische Schiffreiten ihre Verbindungen wieder aufgenommen, um ihre Agenturen in Antwerpen wieder herzustellen.

Es wird in Kürze mit der neuen deutschen Dienstregelung ein Anfang gemacht werden. Allerdings besteht in hiesigen Kreisen die Besorgnis, dass infolge der weniger deutschfeindlichen Massnahmen der neuen Verwaltung das Verhältnis zu den alliierten Ländern kühl werden könnte. Vor dem Kriege kam die französische Flagge hierselbst erst an zweiter oder siebenter Stelle. In der letzten Zeit an dritter, gleich hinter der englischen und belgischen. Verschiedene französische Linien haben hier die Rolle der deutschen und für den Berichtsjahren Hohenzollern hollandische.

Wie wird die Lage dieser Linien werden, wenn die deutschen Gesellschaften ihre Verbindungen wieder angeknüpft haben werden? Werden die Franzosen und Holländer gegenüber dieser deutschen Konkurrenz aufkommen können, die selbstverständlich mit der äussersten Schärfe hier geführt werden wird? Sicherlich der englische Reeder ist gerade zurzeit eine Besprechung im Gange, aber eine von ganz anderer Art. Die Organe der neuen Gemeindeverwaltung nehmen es den belgischen Reedern Dens & Scheerlaeken übel, dass sie der „International Shipping Federation" in Londen, die Schwierigkeiten bekanntgegeben haben, womit hier vor einiger Zeit das Anwerben der Seeleute geschah und wo gegen die ausländischen und besonders die britischen Reedern vor diesen Schwierigkeiten gewarnt wurde.

Diesen Reedern wird jetzt in der sozialistischen und flämisch-aktivistischen Presse der Vorwurf gemacht, dass sie den Namen und den Ruf des belgischen Hafens ihrer politischen Rache opfern. Die betreffenden Reeder haben in einer Erwiderungsschrift sich gegen diese Darstellung der Sache gewandt, die vor einigen Tagen erschienen ist.

Mit dem Gefühl des Bedauerns hat man in Antwerpen von der Ablehnung des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten vernommen, den riesigen Hafendamm von Zeebrugge abzutreten. Senator Coppieters, die zweite Hand des Ministers Anseele, hat erklärt, dass diese Anlage ihrer Zweck vollständig erfüllt habe, dass keine Erhöhung, sondern nach Möglichkeit eine Senkung der Kronen der Dämme, dass alle die Gegenstände einfrid, die genäss ihrer Bestimmung auch hier die mindestmögliche Tiefe in Betracht kommen, also durch reichliche hohe Fruchtsätze nicht vertheuert werden dürfen.

Preisausschreiben. Die Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft, E. V. erlässt folgendes Preisausschreiben: Es ist darauf zu, zu welchem Zweck und auf welche Weise eine Statistik der Kriegsziffern konstruiert werden. Es ist ferner die Möglichkeit ihrer Verwendung für die verschiedenen Arten im einzelnen zu umreissen und die Frage zu prüfen, wie weit die Mittel hierzu gegenwärtig vorhanden sind oder beschafft werden können. Für diese Bearbeitung wird ein Preis von 2000 M. für die beiden ein und 1000 M. zur Verfügung stehen. Die Arbeiten sind bis zum 1. April 1922 in einer mit Motto versehenen Umschlage an das Generalsekretär der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft (Berlin-Charlottenburg, Wilhelmstrasse 8 E. III) einzusenden. Ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, enthaltend Name und Anschrift des Verfassers — Preisrichter, — beigefügt.

Die „Deula, Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland, E. V.", Köln a. Rh., Hansa hat 11. bis 1. Dezember Hauptversammlungen 22. und 23. Oktober in Köln ab. Es werden diesmal besonders wichtige Fragen des deutschen Auslandshandels behandelt werden.

Deutsche Volkswirtschaft.

Bevorstehende Kohlenpreiserhöhung. Der Reichskohlenrat hat für den kommenden Freitag eine Vollversammlung anberaumt, die über eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen soll. Entgegen den Zeitungsmeldungen, die bereits alle genaue eine bestimmte Summe nennen, um sich der Preise erhöhen zu können, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, dass man wahrscheinlich den Vorschlag machen wird, die Preiserhöhung nach Ende von Monaten abzustufen, da in den einzelnen Bezirken ziemlich Unterschiede in der Förderungsleistung pro Kopf und Schicht bestehen, die naturgemäss die Höhe des Ertrages und der Unkosten beeinflussen müssen. Wie die letzte Preiserhöhung vom 31. März wird auch die kommende durch neue Lohnforderungen veranlasst. Man nimmt dabei rechnen, dass die beteiligten Faktoren einschliesslich der Reichsregierung der Preiserhöhung zustimmen werden. Bei der Kalkulation des neuen Preises werden nicht nur die Schichtlöhne berücksichtigt werden müssen, sondern auch die sonstigen folgenden Erhöhungen der Bemantenzahlter und die erfahrungsmässig auf Lohnerhöhung eintretenden Erhöhungen der Materialpreise.

Die mitteldeutsche Industrie gegen eine Erhöhung der Kohlensteuer. Auf Veranlassung des deutschen Braunkohlen- und Brikettverein fand Ende September in der Handelskammer Halle eine Aussprache über das neue Kohlensteuergesetz statt, an der sich Vertreter der verschiedensten industriellen Gruppen beteiligten. Nach einem Referat des Direktors Schmidt-Leipzig der besonders auf die tiefe Kluft zwischen dem Preis der Braunkohle und ihrem Verbrauchswert hinwies, die auch in der Verschiebung des Preisverhältnisses von Braun- zu Steinkohle (34 zu 38 gegen 2,6 zu 41 Friedenspreis) Ausdruck kommt, wurde folgende Entschliessung gefasst: Nach sachlicher Würdigung der aus ihm die unsinnigen folgenden Erhöhungen der Sätze ergebenden Folgen warnen sie dringend vor einer Erhöhung der Kohlensteuer, da damit eine starke Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen und der gesamten mitteldeutschen Wirtschaft unausbleiblich ist. Sie lehnen die vom Reichswirtschaftsrat vorgesehene Einführung eines festen Steuersatzes ab und fordern eine Steuerzyklaten einzuführen und entschieden ab. Sie fordern dagegen dringend, dass die zurzeit in der Beratung stehende Novelle ohne die jetzige Berücksichtigung ihres Heizwertes bestehende Ungerechtigkeit schnellstens beseitigt und eine Steuer nach Tonnen nach dem Gebrauchswert der Kohle durchgeführt wird. Sie halten eine solche Steuer für die Schlechtere, weil sie der Interesse der Wirtschaftlichkeit nicht nur der Grossunternehmungen, sondern auch der Kleinunternehmungen und der Haushaltungen für unbedingt erforderlich.

Güterartifpolit und Einzelhandel. Die aus dem ganzen Reiche zu einer Generalversammlung des Einzelhandels-Verbandes „Nürnberger Bund" richtet an die Reichsregierung und Parlamente das folgende Ersuchen, bei Fragen der Verfeiter- und Güterartifpolitik auch den Interessen des Einzelhandels in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Die Versammlung begrüsst den Entwurfes der Tarifkommission der Eisenbahnen, das zahlreiche Gegenstände des täglichen Bedarfs von den Sperrmaßnahmen ausnehmen und die Tarife so gestalten, dass der Einzelhandel tatsächlich auf alle Gegenstände erweitert wird, die ihm Sinn nach seiner Bedeutung zugewiesen werden können. Sie erwartet ferner von der Einzelhandel Wirtschaftsministerium und der Reichsregierung, dass keine Erhöhung, sondern nach Möglichkeit eine Senkung der Tarife für alle die Gegenstände eintritt, die genäss ihrer Bestimmung auch hier die mindestmögliche Tiefe in Betracht kommen, also durch reichliche hohe Fruchtsätze nicht vertheuert werden dürfen.

Erwerbsgesellschaften.

Hohenlohe Werke A.-G. zu Hohenlohehütte O.S. Der Gewinn der Gesellschaft im Geschäftsjahr 1920/21 erfuhr eine Rückkrumm auf 12 763 781 (16 891 614) M. Nach Abschreibungen von 8 100 534 (6 712 214) M. Rückgang von 1 000 000 (7 000 000) M. Hierzu sollen 5% Dividende auf die Stammaktien, wie im Vorjahr, und 5% auf die neugeschaffenen Vorzugsaktien p. r. t. verteilt, sowie 325 533 (391 475) M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Nach der Geschäftsbericht sind dem gewaltigen Anschwellen aller Ausgaben die Verkaufspreise stets erst verspätet und nicht in dem Umfange mitgemacht gefolgt. Sehr empfindlich wirkte die plötzliche Absatzstockung, die zu Beginn des Geschäftsjahres eintrat und die Produktion musste stark eingeschränkt werden. Dagegen bewegte sich die Förderung der Kohlenzechen ziemlich gleichmässiger Richtung, bis die politischen Unruhen im August-September 1920 dieses erfreuliche Entwicklung jäh unterbrachen. Die Beseitigung der Folgen dieser Unruhen konnte sich die Förderung nur langsam erheben, weil eine grosse Anzahl deutschsprechender abgewandert war, und die Arbeitslust im allgemeinen stark gelitten hatte. Als langsam eine Besserung eintrat, trat eine Verkürzung der Schichtzeit ein, die die Leistungsfähigkeit nicht nur der Grossunternehmungen, sondern auch der Kleinunternehmungen und der Haushaltungen für unbedingt erforderlich.

Bank-Aktien

	Div.	Heute	Vortag
Bank für Brauindustrie	8	118,00	118,00
Bayer. Bank-Ver.	10	104,60	105,00
Berliner Hdels.-Ges.	8	102,00	102,00
Bremer Bank	6	80,00	80,00
Deutsche Bank	8	125,00	125,00
Disconto-Ges.	8	125,60	125,00
Dresdner Bank	8	125,00	125,00
Frankfurter Bank	8	105,00	105,00
Hannoversche Bank	6	105,00	105,00
Leipziger Kredit	6	105,00	105,00
Mitteldeutsche Bodenkredit	6	105,00	105,00
Pfälzische Bank	8	105,00	105,00
Reichsbank	8	105,00	105,00
Rheinische Kreditbank	8	105,00	105,00
Rheinische Hypotheken	8	105,00	105,00
Sächsische Bank	8	105,00	105,00
Schlesischer Bankverein	8	105,00	105,00
Thüringer Bank	6	105,00	105,00
Vereinsbank Hamburg	6	105,00	105,00
Wechslerbank	8	105,00	105,00
Westdeutsche Bodenkredit	8	105,00	105,00
Würtemberg. Notenbank	8	105,00	105,00

Industrie-Obligationen

	Div.	Heute	Vortag
A. G. f. Anilin	6	103,50	—
Alg. Kunstz. & Gold	6	107,00	109,00
Bayer. Stickstoff	6	94,00	94,00
Berg. Bergw. Ges.	6	94,00	94,00
Bremer Wolle	6	81,00	81,00
Dt. Ol. Ges.	6	87,10	90,00
Dt. Ol. Ges.	6	—	—
Dt. Ol. Ges.	6	—	—
Dt. Ol. Ges.	6	—	—